

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Parlamentarische Anträge zum Budget 2009**
Autor/in: Diverse
Mitunterzeichnet von: --
Eingereicht am: 30. Oktober 2008
Nr.: 2008-199 01-11
Bemerkungen: --
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Antrag 2008-199 01 der SVP-Fraktion: Massnahmenpaket und Verzichtspanung zur Bewältigung der Finanzkrise

Die fortgesetzten Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten greifen zusehends auch auf die Realwirtschaft: über. Bereits sind Schweizer Zulieferbetriebe von Produktionsstilllegungen und Kurzarbeit im europäischen Umfeld betroffen. Das Risiko, dass sich die konjunkturelle Entwicklung auch am Wirtschaftsstandort Baselland markant abschwächt ist - trotz des diesbezüglichen Optimismus, den der Regierungsrat bei der Beantwortung der dringlichen Interpellation [2008/249](#) bewiesen hat - mindestens auf mittlere Frist nicht auszuschliessen. Die Basis für Budget (mindestens dasjenige ab 2010) und Finanzplan könnten damit grundlegend ändern.

Konkreten Risiken wie steigender Arbeitslosigkeit, rasant steigenden Sozialkosten bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen und zunehmender Verschuldung des Finanzhaushaltes, muss deshalb bereits heute mit einem griffigen Massnahmenpaket begegnet werden. Gleiches gilt bei der sich abzeichnenden massiven Verschlechterung des Baselländer Staatshaushaltes auch für die Einleitung einer adäquaten Verzichtspanung bezüglich Staatsaufgaben und Investitionen.

Neben einer fundierten Risikoabwägung müssten das Massnahmenpaket und die Verzichtspanung insbesondere vorsehen:

- ein steuerliches Entlastungsprogramm für den Mittelstand
- die Sicherung der Einlagen der Bürgerinnen und Bürger in den kantonalen Banken und Sozialwerken, insbesondere aber auch bei der Pensionskasse.
- die Verhinderung oder mindestens Milderung der Folgen einer steigenden Arbeitslosigkeit
- eine erneute Aufgabenprüfung und Verzichtspanung zur Verhinderung einer massiven Neuverschuldung bzw. zur langfristigen Sicherung ausgeglichenen Staatshaushaltes.
- die Ausschöpfung aller Handlungsspielräume des kantonalen Wirtschaftsförderungsgesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Sicherstellung einer ausreichenden Kreditvergabe an Unternehmen, insbesondere KMU, mit Sitz im Kanton Baselland
- die Erarbeitung von Handlungsalternativen zur Ankurbelung der Konjunktur durch Unterstützung der Exportwirtschaft: und durch die Stärkung des inländischen Konsums
- die Priorisierung und entsprechende Etappierung des Investitionsprogramms zum Erhalt und zum Ausbau der kantonalen Infrastruktur

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Landrat bis zur Beratung des Budgets 2009 einen Bericht für ein Massnahmenpaket und eine Verzichtspanung zur Bewältigung möglicher Auswirkungen der aktuellen Finanz- und der sich abzeichnenden Konjunkturkrise für den Kanton Baselland vorzulegen.

Antrag 2008-199 02 der FDP Fraktion

Budgetantrag

Konto: 30 Personalaufwand

Antrag:

Das Budget ist im Personalaufwand so zu kürzen, dass die Sollstellen auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben. Ausgenommen hiervon sind jene Stellen, die im Rahmen von landrätlich bewilligten Krediten zu schaffen sind. Insbesondere sollen Vakanzen auf deren Notwendigkeit überprüft werden und je nach dem aufgehoben werden.

Begründung:

Der damals überwiesene Vorstoss über den Personalstopp wird nicht eingehalten.

Antrag 2008-199 03 der SVP Fraktion

Direktion: alle

Konto: 3182 Berater, Gutachten, Experten

Budgetierter Betrag: CHF 19'444'095.--

Antrag:

Der budgetierte Anstieg um CHF 3,1 Mio ist um CHF 2 Mio. auf CHF 1,1 Mio. zu kürzen.

Begründung:

Der Anstieg dieses Kontos um CHF 3,1 Mio. liegt mit 19% weit über der Teuerung. Auch im Vergleich über mehrere Jahre ist ein nicht zu akzeptierender Anstieg festzustellen. So stiegen diese Kosten seit 2002 um ganze 78 %. Dieser Kostenexplosion ist, auch mit Blick auf den Finanzplan für die kommenden Jahre, unbedingt Einhalt zu gebieten.

Antrag 2008-199 04 der CVP/EVP-Fraktion

3185 Telefongebühren, Porti, Leitungen

Budgetierter Betrag: CHF 10'550'800

Antrag: Der Betrag ist um CHF 550'000 zu kürzen. Trotz anhaltend sinkender Preise und neuer Anlage wird für 2009 mit Mehrkosten von über Fr. 800'000 gegenüber der Rechnung 2007 budgetiert. Diese werden mit einer vermehrten Benutzung der mobilen Datenübertragung begründet. Die Regierung wird aufgefordert mit klaren Weisungen die Benutzung dieses verhältnismässig teuren Mediums in der kantonalen Verwaltung zu regeln.

Antrag 2008-199 05 der SVP Fraktion

FKD Konto 301.20 Löhne Verwaltungspersonal

Insgesamt verzeichnet die FKD eine Zunahme im Soll-Stellenplan von 10,4 Vollstellen. Obwohl durch GAP und ERP zusätzliche Stellen durch den Landrat bewilligt wurden und ein Stellenübertrag von der VGD besteht, erstaunt diese erhebliche Zunahme doch und liegt über den entsprechenden Landratbeschlüssen. Bereits im Budget 2008 wurden 5 neue Stellen bewilligt. Dies zur Hauptsache beim Personalamt mit der Begründung, die Erarbeitung einer zentralisierten Personalstrategie würde sich mittelfristig auszahlen. Im Budget 2009 ist nun erneut beim Personalamt eine Erhöhung um 3 Vollstellen vorgesehen. Bei der Zentralen Informatik, der Steuerverwaltung (GAP) sind es insgesamt 6,5 Vollstellen. Bei den anderen Direktionen fallen die neuen Stellen sehr gering aus. Es darf deshalb von der FKD erwartet werden, dass sie ebenfalls massvoll mit der Stellenvermehrung umgeht. Eine Reduktion um einen Drittel, d.h.um 3 Stellen erscheint durchaus verkraftbar.

Antrag um Reduktion Konto 301.20 um 3 Vollstellen bzw. um den geschätzten Bruttobetrag von ca. Fr. 390'000.-

Antrag 2008-199 07 der FDP Fraktion

2314501.30 Kantonale Hochleistungsstrassen

Antrag:

Erhöhung der Investitionen in die Erneuerung kantonaler Hochleistungsstrassen auf 10 Mio.

Begründung:

Für die nachhaltige Erhaltung der Bausubstanz sollten auch die Investitionen in die Hochleistungsstrassen nicht zurückgefahren werden.

Antrag 2008-199 08 von Siro Imber, FDP

Direktion: BKSD

Die GPK hat die BKSD aufgefordert, zu prüfen inwiefern der Leistungsauftrag über den gesetzlichen Auftrag hinaus geht. Solange dieser Auftrag nicht erfüllt ist, sollen keine neue Investitionen getätigt und somit faits accomplis geschaffen werden. Es geht um die Planung eines Bauvolumens von 16'000'000 Franken, ohne dass eine LRV oder ein LRB vorliegt.

Antrag:

2320.503.30.257 Augst, Römerstadt Augusta Raurica (RAR), Arbeitsplätze Steinlager: Streichung des Verpflichtungskredits von 500'000 Franken.

Antrag 2009-199 09 der SVP Fraktion

Direktion: BKSD

Konto: 2580.31890 Hauptabteilung Kulturelles

Budgetierter Betrag: CHF 914'000.--

Antrag:

Dieses Budgetkonto ist um CHF 600'000.-zu kürzen.

Begründung:

Im budgetierten Betrag ist ein Kredit von CHF 600'000.-für die Bespielung des römischen Theaters in Augusta Raurica, der bisher über den Lotteriefonds finanziert wurde, enthalten.

In Zeiten knapper Staatsfinanzen ist nicht einzusehen, warum dieser Betrag nicht auch in Zukunft über den Lotteriefonds, und zwar bezogen auf das jeweilige Projekt, finanziert werden soll. Eine Ausweitung des Budgets und somit dauerhafte Verankerung dieses Betrages in der Staatsrechnung, und somit zu direkten Lasten der Steuerzahler, ist mit Blick auf den Finanzplan für die kommenden Jahre unbedingt zu vermeiden.

Antrag 2008-199 10 der FDP-Fraktion

Direktion: BKSD

Bespielen Römertheater

Bis anhin wurde die Bespielen des römischen Theaters Augusta Raurica im Betrag von 600'000 Franken vom Lotteriefonds finanziert. Neu wird der Betrag gänzlich der laufenden Rechnung, also dem Steuerzahler übertragen.

Der Kanton soll nicht selbst als Kulturveranstalter auftreten. Den Kulturveranstaltern wird weiterhin die neue Infrastruktur angeboten.

Projektbezogen kann weiterhin insbesondere über den Lotteriefonds finanziert werden.

Antrag:

Reduktion des Kontos BKSD 2580.31890 um 600'000 Franken.

Antrag 2008-199 11 der CVP/EVP-Fraktion

4100 Ombudsmann

30120 Löhne Verwaltungspersonal

Budgetierter Betrag: CHF 312'500.--

Antrag: Der Betrag ist um CHF 20'000 zu kürzen. Der Landrat hat am 2. November 2006 beschlossen den Ombudsmann neu in die Lohnklasse 6 statt wie bisher in die Lohnklasse 3 einzustufen. Mit der Vorlage [2008/245](#) legt die Regierung zwar eine Sonderregelung u.a. auch für den Ombudsmann vor, der Zeitpunkt deren Inkraftsetzung ist jedoch ungewiss. Mit dieser Kürzung verlangen wir die Einstufung in die Lohnklasse 6 per 1. Januar 2009.